

Basisdemokratische Partei Deutschland - Zillestraße 9 - 10585 Berlin

Herrn Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Berlin, den 13.11.2024

Absenkung Anzahl Unterstützerunterschriften auf ein Viertel

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

die avisierten Neuwahlen stellen die Parteien, die verpflichtet sind, Unterstützerunterschriften nach §§ 20 und 27 BWahlG zu sammeln, vor Herausforderungen, die in der Kürze der Zeit nur schwer zu bewältigen sind.

Zur Bundestagswahl 2021 wurde durch das 26. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes die Anzahl der erforderlichen Unterstützerunterschriften auf ein Viertel gesenkt, um den Beschränkungen im persönlichen Umgang der Bürger Rechnung zu tragen.

In der Verkürzung der möglichen Zeitspanne zum Sammeln der Unterschriften auf wenige Tage sehen wir bei den jetzt angekündigten Neuwahlen eine erhebliche Einschränkung einer Chancengerechtigkeit. Eine entsprechende Forderung für Fristanpassung zur Abgabe der Unterstützerunterschriften haben wir bereits an die Innenministerin versendet.

Zu beachten ist auch, dass die Bürgerämter der Gemeinden und Städte, die tausende Unterstützerunterschriften für mehrere kleinere Parteien genau in der Weihnachtszeit und zum Jahreswechsel beglaubigen müssen, in ihren Kapazitäten nicht überlastet werden dürfen. Oft sind diese Mitarbeiter gleichzeitig auch in der Wahlvorbereitung zeitlich und personell direkt eingebunden.

Diese Gesetzesinitiative in den Bundestag einzubringen, um die Anzahl der notwendigen Unterschriften auf ein Viertel zu senken, obliegt

- der Bundesregierung vertreten durch den Bundeskanzler oder
- den Abgeordneten oder
- dem Bundesrat vertreten durch die Bundesratspräsidentin.

Wir möchten Sie deshalb auffordern, unverzüglich eine entsprechende Gesetzesinitiative auf den Weg zu bringen, um den demokratischen Wettbewerb der Parteien etwas zu entzerren und damit einen Schritt in Richtung Chancengerechtigkeit zu gehen. Die Verkürzung der Wahlvorbereitung durch vorgezogene Neuwahlen baut eine weitere Hürde zu den bestehenden, wie Unterstützerunterschriften und 5%-Klausel, auf, was ungerecht ist.

Vielen Dank für ein demokratisches Handeln in dieser Sache.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Lingreen
Bundesvorsitzender